

Antrag 49/I/2020
Jusos Brandenburg
Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Votum noch offen

Aufnahme von Geflüchteten von den griechischen Inseln

1 **Für echte europäische Soli-**
2 **darität, die diesen Namen**
3 **verdient, und für ein branden-**
4 **burgisches Landesaufnahme-**
5 **programm**

6 Wir begrüßen die Entscheidun-
7 gen der Bundesregierung, zuerst
8 53 minderjährige Asylsuchende,
9 anschließend 243 behandlungs-
10 bedürftige Kinder, sowie ihre
11 Kernfamilien und zuletzt 1553 an-
12 erkannte Asylbewerber von den
13 griechischen Inseln aufzuneh-
14 men. Auch wenn Deutschland
15 mit 2750 Personen im Vergleich
16 zu anderen EU-Ländern einen
17 hohen Anteil an Geflüchteten
18 aufnimmt, sind die Lager weiter-
19 hin überfüllt und Abstandsregeln
20 schwer einzuhalten, weshalb sich
21 die Bundesregierung in ihren
22 Bemühungen um eine europäi-
23 sche Lösung nicht zurücklehnen
24 darf. Der neue Vorschlag der
25 EU-Kommission kann nicht die
26 endgültige Antwort auf die Pro-
27 bleme im europäischen Asyl-
28 und Migrationsrecht sein. Wir

29 erwarten von der Bundesregie-
30 rung und insbesondere von der
31 SPD, dass sie sich weiterhin für
32 echte Solidarität einsetzt und vor
33 allem dafür, dass das Recht auf
34 Asyl, auf faire rechtsstaatliche
35 Verfahren und Menschenrechts-
36 schutz nicht unter dem Druck
37 populistischer und rechtsnatio-
38 naler Regierungen immer weiter
39 ausgehöhlt wird.

40 Der Beschluss vom 23.09. zeigt,
41 dass sich Länder wie Ungarn, die
42 von „religiös-kultureller Über-
43 fremdung“ reden durchsetzen,
44 wenn in der Migrationspolitik
45 fortwährend am kleinsten ge-
46 meinsamen Nenner und nicht an
47 einer langfristigen, grundlegen-
48 den Reform des europäischen
49 Asylsystems gearbeitet wird.
50 Auch wenn die Verbindung von
51 finanziellen Anreizen und der
52 Aufnahme von Geflüchteten
53 aus anderen Mitgliedstaaten
54 begrüßenswert sind (10.000
55 Euro pro Person, 12.000 bei
56 Minderjährigen), mangelt es an
57 einer verpflichtenden Umver-
58 teilung von Schutzsuchenden
59 nach Quoten auf alle EU-Länder.
60 Da Hilfe weiterhin auf Frei-
61 willigkeit beruht, werden die
62 EU-Außengrenzstaaten Grie-

63 chenland, Italien, Spanien und
64 Malta bei der Bewältigung der
65 Migrationsströme weiter im Stich
66 gelassen.

67 Der Vorschlag, dass ein Land,
68 das unter Druck geraten ist, ei-
69 nen sogenannten Mechanismus
70 für verpflichtende Solidarität
71 auslösen können soll, bei der
72 die EU-Kommission überprüft,
73 wie viele Menschen dem Land
74 abgenommen werden müssen,
75 ist eine Notlösung, die weit
76 hinter unseren Erwartungen
77 an die EU hinsichtlich einer
78 geregelten, menschenwürdi-
79 gen Asylpolitik zurückbleibt.
80 Dass Länder, die sich weigern
81 Geflüchtete mit Aussicht auf ei-
82 nen Schutzstatus aufzunehmen
83 dies durch Unterstützung beim
84 Migrationsmanagement oder
85 durch sogenannte „Abschiebe-
86 Patenschaften“ ausgleichen
87 können sollen, ist ein zynischer
88 Vorschlag, der genau die falschen
89 Signale an Länder sendet, die
90 sich ihrer humanitären Verant-
91 wortung entziehen.

92 Nachdem Berlin und Thüringen
93 sich schon länger bereit erklärt
94 haben, 300 bzw. 500 Geflüchte-
95 te von den griechischen Ägäis In-
96 seln aufzunehmen und 58 Kom-

97 munen in Deutschland mehr Ge-
98 flüchtete aufnehmen wollen, als
99 sie nach dem bundesweiten Ver-
100 teilschlüssel müssten, fordern wir
101 die Brandenburger Landesregie-
102 rung auf, sich an diesen Initiati-
103 ven zu beteiligen. Brandenburg
104 soll ebenfalls ein eigenes huma-
105 nitäres Aufnahmeprogramm auf
106 den Weg bringen, um einen Bei-
107 trag zur Verbesserung der Situati-
108 on in den Elendslagern zu leisten!
109 Hinsichtlich der hohen Aufnah-
110 mebereitschaft von Ländern und
111 Kommunen, fordern wir den
112 Bund auf, Hilfsbereitschaft zu
113 fördern und nicht zu verbieten!
114 Deshalb fordern wir Ministerprä-
115 sident Woidke auf, den Vorsitz im
116 Bundesrat zu nutzen, um Druck
117 auf Bundesinnenminister Seeho-
118 fer auszuüben, damit dieser sei-
119 ne Verweigerungshaltung gegen-
120 über Landesaufnahmeprogram-
121 men und Initiativen von Kommu-
122 nen aufgibt. Ferner fordern wir,
123 dass die brandenburgische Lan-
124 desregierung im Bundesrat eine
125 neue Initiative zur Änderung des
126 Aufenthaltsgesetzes startet, wo-
127 nach § 23 Abs. 1 S. 3 AufenthG in
128 Zukunft wie folgt lauten soll: „Die
129 Anordnung ergeht im Benehmen
130 mit dem Bundesministerium des

131 .“

132 Darüber hinaus gilt es eine huma-
133 nitäre Flüchtlingspolitik in der EU
134 durchzusetzen. Die SPD steht da-
135 her für:

- 136 • Eine echte europäische
137 Seenotrettungsmission mit
138 dem Ziel alle Geflüchteten
139 auf dem Mittelmeer vor
140 dem Ertrinken zu retten
- 141 • Entkriminalisierung von pri-
142 vater Seenotrettung
- 143 • Menschenwürdige Bedin-
144 gungen in der Flüchtlings-
145 unterbringung
- 146 • Beendigung der Zusam-
147 menarbeit mit der libyschen
148 Küstenwache
- 149 • Untersuchungen bezüglich
150 vermuteter Push Backs an
151 den europäischen Außen-
152 grenzen
- 153 • Europäische Verteilungs-
154 schlüssel zur Verteilung von
155 Geflüchteten
- 156 • Echte Möglichkeiten zur
157 Asylantragstellung außer-
158 halb der europäischen
159 Außengrenzen
- 160 • Nachhaltige europäische
161 Entwicklungspolitik die
162 Demokratie und Frie-
163 densschaffung in den
164 Herkunftsländern sichert

165 und Fluchtursachen effektiv
166 angeht

167

168

169 **Begründung**

170 Die Brandkatastrophe von Moria
171 ist schrecklich, aber angesichts
172 der vielen Vorzeichen kaum als
173 überraschend zu bezeichnen.
174 Das seit Jahren überfüllte Lager
175 wurde von über 12.000 Men-
176 schen bewohnt, während es
177 ursprünglich lediglich für 2.600
178 Personen erbaut wurde. Die Fra-
179 ge war nicht ob, sondern wann
180 und welcher Art sie sein wird.

181 Deutschland und die Europäi-
182 sche Union ignorieren seit Jahren
183 bewusst die Missstände in der
184 Flüchtlingspolitik innerhalb und
185 außerhalb ihrer Grenzen. Dies ge-
186 schieht mit dem Vorwand, kei-
187 ne zusätzliche Zuwanderung von
188 Flüchtlingen auslösen zu wollen.
189 Dabei wird jedoch völlig verkannt,
190 dass auch das elendigste Flücht-
191 lingslager in Europa bessere Le-
192 bensbedingungen bietet als ein
193 Foltergefängnis in Libyen oder
194 ein Leben in ständiger Angst vor
195 Bomben und politischer Repres-
196 sion jedweder Art, sei sie nun
197 auf Grund von politischen An-
198 schauungen, der sexuellen Orien-

199 tierung, der Religion oder sonsti-
200 gen Gründen.

201 Das Asylrecht ist kein Privileg,
202 dass Staaten aus Barmherzig-
203 keit gewähren, sondern ein von
204 Deutschland und der EU garan-
205 tiertes Grundrecht. Es gehört zu
206 diesem Grundrecht, als Asylan-
207 tragsteller*in nicht in ein Land
208 abgeschoben zu werden, in dem
209 das Asylrecht nicht gewährleistet
210 werden kann, oder in dem ei-
211 nem Folter droht. Deswegen fin-
212 den keine Rückführungen nach
213 z.B. Libyen statt. Doch anstelle
214 zu versuchen, Menschen aus die-
215 ser Lage zu befreien, unterstützt
216 die EU die "libysche" Küstenwa-
217 che dabei, Menschen abzufangen
218 und zurück nach Libyen zu brin-
219 gen, bevor die Europäische Union
220 für sie verantwortlich wäre.

221 Zusammen mit der zunehmen-
222 den Kriminalisierung von See-
223 notrettung, die kein Verbrechen,
224 sondern eine seemännische
225 Pflicht ist, entsteht ein Bild
226 absoluter Inhumanität.